

# Lage analysieren und Optionen schaffen!

Autor(en): **Perrig, Igor**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **168 (2002)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-67906>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Lage analysieren und Optionen schaffen!

Das Jahr 2002 muss zur Diskussion wichtiger Grundsatzfragen der Weiterentwicklung unserer Aussen- und Sicherheitspolitik genutzt werden. Die neue Bundesverfassung umschreibt die Ziele und den Zweck der eigenössischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Das Parlament hat zustimmend zum Sicherheitspolitischen und Aussenpolitischen Bericht Kenntnis genommen. *Kooperation*<sup>1</sup> und *Präsenz*<sup>2</sup> sind die Grundaussagen dieser bundesrätlichen Politik. Diese Ausgangslage wurde durch verschiedene Volksabstimmungen der letzten Jahre geklärt. Vertiefte Kooperation in und mit Europa heisst das Gebot der Stunde.

Igor Perrig

In einer für die Umsetzung der Strategien *Kooperation* und *Präsenz* gefährlichen Abfolge von Abstimmungen hat die Bevölkerung mehrheitlich deren Stossrichtung befürwortet. Dies entgegen dem Willen jede Öffnungspolitik ablehnender Kreise, die mit ihren Kampagnen (Nein zu den Bilateralen = Nein zur EU; Nein zur Bewaffnung für den Friedensförderungsdienst im Ausland = Nein zur Kooperation mit der NATO; und nun auch noch Nein zur UNO) einen sehr konservativen, isolationistischen Kurs zementieren wollten. Diese Logik konnte bisher durchbrochen werden. In der Zwischenzeit hat das Volk ausserdem mit überwältigender Mehrheit dem Erhalt der Schweizer Armee und damit auch deren Konzept Armee XXI zugestimmt. Ein Referendum gegen das Militärgesetz A XXI sollte damit eigentlich hinfällig geworden sein.

Fazit: In den letzten 12 Jahren hat das Volk mit Ausnahme der Blauhelmvorlage allen sicherheitspolitischen Vorlagen im Sinne des Bundesrates zugestimmt. Diese Entscheide dürfen nun aber nicht zu einer falschen Gelassenheit und Ruhe bei der Umsetzung und Gestaltung unserer Sicherheits- und Aussenpolitik führen. Die angespannte Verkrampftheit und Lähmung, welche viele konkrete Entscheide, solange um den Ausgang der verschiedenen Abstimmungen gerungen werden musste, in den letzten Jahren verunmöglichte, lassen beim Betrachter manchmal gar das Gefühl von «Verlorenen Siegen» aufkommen. Das vorsichtige Lavieren muss einer neuen Dynamik weichen, ansonsten die Ungleichzeitigkeit der sicherheitspolitischen Entwicklung zwischen der Schweiz und dem euro-atlantischen Raum noch grösser und zunehmend unüberbrückbar wird. Das Jahr 2002 wird mit der Einführung des Euro und des erwarteten Erweiterungsbeschlusses der NATO um bis zu 7 neue Mitglieder, den alten Kontinent nachhaltig verändern. Die Schweiz wird sich am Ende dieses Jahres noch tiefer im rückwärtigen Raum der NATO und umgeben von «Euro-Land» befinden und muss ihre aktuelle und künftige Rolle in dieser neuen geopolitischen Lage finden.

Dabei darf sie sich nicht mehr allein von Begriffen wie Neutralität und Autonomie leiten lassen, sondern muss ihre strategischen Interessen grundsätzlich überdenken. Diese Interessen gilt es auf eine griffige Formel zu bringen und der Bevölkerung einfach verständlich darzulegen. Damit würde der Bundesrat seinen *Kooperationswillen beweisen*. Dies erfordert Mut, schafft aber auch Vertrauen in die Führung.

Die sicherheitspolitische Lage hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich und in den vergangenen Monaten schnell und teilweise unerwartet gewandelt. Der 11. September 2001 wurde dabei zu einem Katalysator. Nicht nur erhielt der Terrorismus eine neue Dimension und Bedeutung. Russland und die USA, aber auch die NATO, haben sich im gemeinsamen Willen den Terrorismus zu bekämpfen zu einer neuen Phase der Annäherung gefunden. Dieses neue gegenseitige Vertrauen macht es möglich, dass innerhalb der NATO über einen vertieften Einbezug Russlands gesprochen wird. Dafür willigt Russland zu einer umfassenden NATO-Erweiterung ein und können die USA ohne grossen politischen Schaden den ABM-Vertrag kündigen. Die Kündigung des ABM-Vertrages zeigt klar, dass im 21. Jahrhundert einstmals wichtige Stützpfiler der Rüstungskontrolle obsolet geworden sind, Vertragspartner ihre Strategien an die neuen Bedrohungen und Risiken anpassen und dazu alle Optionen (Missile Defence) offenhalten wollen. Ähnlich müsste es sich auch mit der in unserem Land vielfach falsch verstandenen Neutralität verhalten, die heute nur noch die Funktion der Nicht-Anbindung an eine militärische Allianz erfüllen kann, ansonsten aber jeder Aussen- und Sicherheitspolitik unnötige Fesseln auferlegt. Schweden, Finnland und Österreich haben dies erkannt und entsprechend gehandelt.

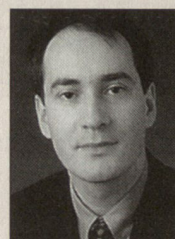
Sicherheitspolitisch bedürfen demnach folgende Fragen einer Klärung: Wie gehen wir mit der neuen Annäherung Russlands an die USA und NATO um? Was bedeutet die NATO-Erweiterung für den Wert der Partnerschaft für den Frieden? Welchen Einfluss wird der Euro auf die EU und deren Willen, nun auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

(ESVP) voranzutreiben haben? Was bedeuten die Integrationsschritte (Euro/ESVP) und die Erweiterung der EU für die NATO? Wird die NATO europäischer? Wie verhalten sich die nicht-allianzgebundenen Schweden, Finnland und Österreich? Was heisst all dies für die Schweiz?

Nur eines ist auf jeden Fall klar: Die umfassenden NATO und EU-Erweiterungen der kommenden Jahre werden die Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten der Schweiz im euro-atlantischen Raum sicher nicht erhöhen. Zur NATO hat die Schweiz auch ohne Mitgliedschaft immerhin durch den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden eine gut funktionierende Kooperationsform gefunden. Mit der EU hat die Schweiz auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik bisher keine Kooperationsmöglichkeit. Auch wenn die Frage des EU-Beitrittes noch für Jahre nicht auf der Agenda stehen wird, muss es dennoch darum gehen, eine Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Rahmen auch mit der EU zu finden. Die vertiefte Kooperation und Präsenz der Schweiz in und mit Europa ist das Gebot der Stunde. Dies kann einerseits durch einen Ausbau der bilateralen Kooperation mit unseren Nachbarn und befreundeten Staaten geschehen. Andererseits bietet die entstehende Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) konkrete und für die Schweizer Armee nützliche Möglichkeiten zur Kooperation (z. B. Lufttransport). Diese Chancen gilt es im Sinne der Bundesverfassung und der Armeeaufträge aufzuloten, um sicherheitspolitische Optionen zu schaffen. Damit erhält der Bundesrat grössere Handlungsfreiheiten und gewinnt die Schweiz insgesamt an Sicherheit.

<sup>1</sup>Sicherheit durch Kooperation, Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000), vom 7. Juni 1999.

<sup>2</sup>Präsenz und Kooperation, Interessenwahrung in einer zusammenwachsenden Welt, Aussenpolitischer Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 15. November 2000. ■



Igor Perrig,  
Dr. phil. I,  
Chef Sektion PpP,  
Generalstab,  
Major im  
Armeestab.